

Schweiz

Wettstreit der Elternzeit-Initiativen

Familienpolitik Die SP plant eine Volksinitiative für eine Elternzeit. Eine parteiunabhängige Gruppe will dasselbe Anliegen über die Plattform Wecollect lancieren – und sucht nun vor allem nach bürgerlichen Unterstützern.

Claudia Blumer

2020 stimmen die Schweizer voraussichtlich über einen Vaterschaftsurlaub ab. Doch das 2016 lancierte Volksbegehren gilt heute schon als veraltet. Erstens mussten die vier Wochen Papizeit gegenüber 14 Wochen Mutterschaftsurlaub mickrig an – und erst recht die zwei Wochen, auf die sich das Parlament aller Voraussicht nach im Rahmen eines Gegenvorschlags einigen wird.

Zweitens spricht heute kaum mehr jemand vom Vaterschaftsurlaub – im Gespräch ist vielmehr die Elternzeit, wie sie auch andere europäische Länder kennen: ein Zeitkontingent, das Väter und Mütter frei aufteilen können oder beiden zu gleichen Teilen zur Verfügung steht.

Auch in der Schweiz wollen progressive Kräfte eine Elternzeit einführen. Sie warten nicht, bis sich das Volk zum Vaterschaftsurlaub geäussert hat. So will die SP im Herbst in Zürich eine kantonale Volksinitiative für je 18 Wochen Elternzeit lancieren. Und auch auf nationaler Ebene will die Partei eine Elternzeit-Initiative lancieren, wie sie gestern mitgeteilt hat.

Väter und Mütter sollen insgesamt 38 Wochen erhalten, je 14 Wochen für beide und 10 Wochen frei aufteilbar. Eine Onlineumfrage, mit der die SP nach dem Frauenstreik ihre Basis befragte, ergab, dass die Themen Elternzeit und Lohngleichheit am meisten Sympathien hatten. Definitiv entscheiden über das weitere Vorgehen werden die Delegierten der SP am 30. November.

Breite Allianz gesucht

Allerdings gibt es neue Akteure mit dem gleichen Ziel, die eine breitere Allianz anstreben. Um die Sammelplattform Wecollect, die in den letzten Jahren mehrmals politisch aktiv geworden ist, etwa beim Referendum gegen das Sozialversicherungsgesetz, hat sich eine Gruppe von Interessenten gebildet, die ebenfalls eine Volksinitiative für eine paritätische Elternzeit lancieren will.

Richtwert sind je 15 Wochen, im Frühling 2020 soll die Initiative lanciert werden. Das sagt Che Wagner, einer der Initianten. Sie suchen nun Gesinnungsgenossen aus allen politischen Lagern, insbesondere Politiker und Verbände aus dem bürgerlichen Spektrum.



Mit 38 Wochen fordert die SP eine längere Elternzeit als die parteiunabhängigen Initianten. Foto: Plainpicture

rum. Bis Ende Jahr soll der Initiativtext formuliert werden.

«Wir glauben, dass das Anliegen bessere Chancen hat, wenn der Absender eine breite zivilgesellschaftliche Allianz ist», sagt Wagner. Der Frauenstreik habe gezeigt, dass Gleichstellungsthemen über die Parteigrenzen hinaus mobilisierten.

Erste Rückmeldungen von bürgerlichen Politikerinnen ge-

ben ihm recht. «Es ist zielführender, wenn der Impuls für dieses Anliegen aus einer breiten überparteilichen Allianz statt aus einer Polpartei kommt», sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy. Man schaffe sonst erfahrungsgemäss keine Mehrheit. Bei der Elternzeit müsse gelingen, was bei der Vaterschaftsurlaubs-Initiative nicht gelang: «Eine Vorlage, die Gleichstellung ermög-

licht, indem sie gleiche Bezugsdauern für Väter und Mütter vorsieht, hat mehr Chancen als eine Vorlage, die als sozialpolitischer Ausbau verstanden wird.»

Warnung vor den Kosten

Auch BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti befürwortet die Elternzeit-Initiative von Wecollect: «Am besten ist es, wenn das Anliegen aus der Mitte kommt. Denn

so können die Gegner nicht mehr mit den üblichen Argumenten dagegen antreten.»

Die jetzt kursierenden Vorschläge gehen den Arbeitgebern zu weit. Sie warnen, bereits ein vierwöchiger Vaterschaftsurlaub verursache Kosten von jährlich 420 Millionen Franken. Finanziert würde dies über höhere Lohnabzüge. Diese Rechnung greife zu kurz, entgegnet aber Rosmarie Quadranti. Denn der gesellschaftliche und monetäre Nutzen, die Gesundheit der Familie, die höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter und tiefere Sozialkosten, könne nicht exakt beziffert werden.

«Am besten ist es, wenn das Anliegen aus der Mitte kommt.»

Rosmarie Quadranti
BDP-Nationalrätin

Auch bei der CVP gibt es Sympathien für das Engagement von Wecollect. Die ehemalige CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, ab November Präsidentin von Pro Juventute, würde eine parteipolitisch unabhängige Elternzeit-Initiative unterstützen. Sie sagt: «Pro Juventute unterstützt parteiunabhängige Vorlagen zur Elternzeit, weil diese positive Auswirkungen auf die Gesundheit und Entwicklung von Kindern hat.»

Parlament an der Reihe

Die Zürcher SP-Nationalrätin Min Li Marti sieht Vorteile in beiden Varianten: «Natürlich hat ein Anliegen mehr Chancen, wenn es aus der Mitte kommt und breiter abgestützt ist. Doch über die Ausgestaltung der Initiative müssen wir noch diskutieren.» Eigentlich, sagt sie, gehe ihr das Modell von je 14 Wochen zu wenig weit, weil dieses für Mütter keine Verbesserung gegenüber heute wäre.

Ungerührt dessen wird der Nationalrat in der ersten Woche der Herbstsession die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub beraten sowie den Gegenvorschlag von zwei Wochen, die der Ständerat und die vorberatende Kommission befürworten.

Ständeräte wollen 100 Prozent Gegengeschäfte

Kampffjetkauf Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat sich gestern hinter den Planungsbeschluss des Bundesrats zum Kauf neuer Kampffjets gestellt, und zwar mit elf zu zwei Stimmen. Damit sollen in den nächsten Jahren mit einem referendumsfähigen Beschluss neue Kampffjets gekauft werden – für maximal sechs Milliarden Franken. In einem umstrittenen Punkt will die Kommission aber anders vorgehen als der Bundesrat. Demnach sollen ausländische Unternehmen, die im Rahmen des grössten Schweizer Rüstungsprojekts Aufträge erhalten, 100 Prozent des Vertragswerts durch Auftragsvergaben in der Schweiz kompensieren müssen. Auf Antrag von Bundesrätin Viola Amherd (CVP) beschloss der Bundesrat zuletzt, diese Offsets- oder Gegengeschäfte auf 60 Prozent des Vertragswerts zu senken. Dies stiess auf heftige Kritik bei der Industrie.

Brief aus der Romandie

Vorausgegangen war dem Bundesratsentscheid eine Analyse von Kurt Grüter, des ehemaligen Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Dieser stellte die bisherige Praxis des Bundesrats infrage. Grüter empfahl, das Ziel einer vollständigen Kompensation fallen zu lassen und diese auf direkte Offsets und Gegengeschäfte zur Stärkung der Wehrindustrie zu beschränken. Er riet, von ausländischen Lieferanten nur noch eine Kompensation von 60 Prozent des Kaufpreises zu verlangen, nicht mehr von 100 Prozent. Davon wollten die Sicherheitspolitiker des Ständerats nun aber nichts wissen. Der Verteilungsschlüssel von 65 Prozent Gegengeschäften in der Deutschschweiz, 30 Prozent in der Westschweiz und 5 Prozent im Tessin könne nur bei einer hundertprozentigen Kompensation eingehalten werden. Zudem könne so die volle Unterstützung der Industrie in einer Referendumsabstimmung erreicht werden. Dies erklärte der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, FDP-Ständerat Josef Dittli (UR), am Abend vor den Medien.

Der Entscheid für 100 Prozent Offset war mit acht zu drei Stimmen gefallen, bei zwei Enthaltungen. Besonderes Gehör gefunden hat offenbar ein Brief der Westschweizer Kantonsregierungen, die ebendiese Korrektur einfordern.

Beni Gafner

Maurers Aussage vor Botschaftern wird zum Politikum

Schweiz-EU Bundespräsident Ueli Maurer erklärt das Rahmenabkommen für faktisch tot. Parlamentarier sind erbost.

Während das Aussendepartement mit Hochdruck das Rahmenabkommen mit der EU vorantreibt, erklärte es Bundespräsident Ueli Maurer letzte Woche vor den versammelten Schweizer Botschaftern für faktisch tot. Das berichteten der «SonntagsBlick» und die «NZZ am Sonntag». FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann, der am anschliessenden Apéro dabei war, sagt auf Anfrage: «Maurers Aussage war das dominierende Thema. Viele waren deswegen in Aufruhr.»

Maurers Aussage wird politische Folgen haben. Portmann

fordert, dass der Gesamtbundesrat Stellung bezieht, und hat noch letzte Woche einen entsprechenden Antrag bei der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats eingereicht. Was er zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste: dass Maurers Parteikollege, Wirtschaftsminister Guy Parmelin, daraufhin in der «SonntagsZeitung» sagen würde, er glaube nicht, dass die Schweiz den Rahmenvertrag wie geplant noch dieses Jahr unterschreiben könne: «Wir haben noch keine Position.» Portmann wird deshalb fordern, dass der

Bundesrat auch klärt, ob dazu entsprechende Bundesratsbeschlüsse existieren.

Cassis musste sich äussern

Gestern bereits hat Aussenminister Ignazio Cassis vor der APK zum Rahmenabkommen Stellung bezogen, wie deren Präsidentin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) sagt. Cassis habe klargestellt, dass der Gesamtbundesrat nicht von seiner Haltung vom 7. Juni abgewichen sei. Damals hatte er sich in einem Schreiben an die EU-Kommission dazu bekannt, dass er den vorliegenden

Entwurf zum Rahmenabkommen in weiten Teilen als im Interesse der Schweiz erachte. Auch Maurer hatte seine Unterschrift darunter gesetzt.

In den Augen Portmanns sind die Aussagen der SVP-Bundesräte verheerend. «Wie soll die EU unsere Unterhändler noch ernst nehmen?» Maurers Aussage sei auch deshalb heikel, weil er den Diplomaten als Bundespräsident die Grussbotschaft des Bundesrats zu überbringen gehabt habe. Damit habe er den Anschein erweckt, die Meinung des Gesamtbundesrats wiederzugeben.

Mit seiner Meinung ist Portmann nicht allein: «Für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz sind die bundesrätlichen Äusserungen von Ueli Maurer und Guy Parmelin richtig schädlich», twitterte SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Und CVP-Nationalrätin Kathy Riklin schrieb, es sei Maurers grösster Wunsch, dass der Rahmenvertrag tot sei und dass er letztlich im Auftrag seiner Partei gehandelt habe.

Maurers Departement will sich nicht zu den Vorwürfen äussern. Es hält bloss fest, dass der Bundespräsident die Haltung des

Bundesrats bestätige, wonach das Abkommen in der vorliegenden Form nicht mehrheitsfähig sei, und dass er weiter diskutieren müsse. Für Schneider-Schneiter indessen ist noch immer das Schreiben des Bundesrats von 7. Juni massgebend und nicht die Aussagen einzelner Mitglieder. Ihrer Meinung nach stellt sich dem Bundesrat vielmehr die Frage, wie er damit umgeht, wenn sich einzelne seiner Mitglieder nicht an das Kollegialitätsprinzip halten.

Janine Hosp